

Änderungsantrag

**der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU**

**zu dem Antrag der Fraktion der FDP/DVP
– Drucksache 16/4024**

Die Lage in der Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) Ellwangen nach der Gewalt gegen die Polizei bei einer ver- suchten Abschiebung und den Polizeieinsätzen in der LEA Ellwangen im April/Mai 2018 – Herausforderung der Politik

Der Landtag wolle beschließen,

Abschnitt II des Antrags der Fraktion der FDP/DVP – Drucksache 16/4024 – in folgender Fassung zuzustimmen:

„II. Der Landtag stellt fest:

- 1. Wir haben in Baden-Württemberg einen funktionierenden Rechtsstaat.*
- 2. Der Landtag verurteilt die Angriffe auf die Polizei und wertet sie als Angriffe auf den Rechtsstaat.*
- 3. Der Landtag begrüßt das konsequente Vorgehen von Ausländerverwaltung und Polizei und die für die Durchsetzung des Rechts erforderlichen Maßnahmen.*
- 4. Der Landtag dankt den Polizistinnen und Polizisten des Landes für den umsichtigen und konsequenten Einsatz in der LEA Ellwangen am 30. April sowie am 3. Mai 2018. Der Dank gilt auch den beteiligten Behörden, in diesem Fall den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Regierungspräsidiums Karlsruhe und des Regierungspräsidiums Stuttgart.“*

08. 05. 2018

Andreas Schwarz, Sckerl
und Fraktion

Dr. Reinhart, Blenke
und Fraktion

Begründung

Am 30. April 2018 haben sich rund 150 Personen in der LEA Ellwangen dem Einsatz der Polizei im Zusammenhang mit einer Rückführungsmaßnahme widersetzt. Gewalt gegenüber Polizeiangehörigen kann nicht hingenommen werden. Die an den Übergriffen beteiligten und identifizierten Personen müssen hierfür zur Rechenschaft gezogen werden. Jede Person, die sich in Deutschland aufhält, muss sich an Recht und Gesetz halten. Die Regeln des Rechtsstaats sind einzuhalten – ohne Wenn und Aber.

Vorwürfe gegen die Polizei in Zusammenhang mit den Einsätzen in der LEA Ellwangen müssen entschieden zurückgewiesen werden.